

N° 3074.

ALLEMAGNE ET HONGRIE

Echange de notes comportant une convention concernant le rapatriement. Berlin, les 20 et 26 octobre 1931.

GERMANY AND HUNGARY

Exchange of Notes constituting a Convention regarding Repatriation. Berlin, October 20 and 26, 1931.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 3074. — NOTENWECHSEL¹ ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND UNGARISCHEN REGIERUNG BETREFFEND EINE VEREINBARUNG ÜBER DIE ÜBERNAHME ABZUSCHIEBENDER PERSONEN. BERLIN, DEN 20. UND 26. OKTOBER 1931.

Texte officiel allemand communiqué par le consul général d'Allemagne à Genève et l'envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire, chef de la délégation hongroise auprès de la Société des Nations. L'enregistrement de cet échange de notes a eu lieu le 22 octobre 1932.

German official text communicated by the German Consul-General at Geneva, and by the Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, Head of the Hungarian Delegation accredited to the League of Nations. The registration of this Exchange of Notes took place October 22, 1932.

I.

MAGYAR KIRÁLYI KÖVETSÉG.
KÖNIGL. UNGARISCHE GESANDTSCHAFT,
BERLIN.
III 00/1931.

VERBALNOTE.

Weisungsgemäss beehrt sich die königlich ungarische Gesandtschaft unter höflicher Bezugnahme auf die sehr geschätzte Verbalnote vom 31. Januar l. J. Nr. V. 16. 199 ergebenst mitzuteilen, dass ihre Regierung der mit dieser Verbalnote übermittelten Vereinbarung betreffend die Übernahme abzuschiebender Personen zugestimmt hat.

Die königlich ungarische Gesandtschaft beehrt sich daher das Auswärtige Amt ergebenst zu ersuchen, die Zustimmung der Reichsregierung zu der im Wortlaute nachstehend angeführten Vereinbarung zu erwirken und die gegenständliche Antwort anhergelangen zu lassen, damit dieselbe ehestmöglich in Kraft treten kann.

Weisungsgemäss beehrt sich die königlich ungarische Gesandtschaft auch darauf hinzuweisen, dass die Vereinbarung seitens der königlich ungarischen Regierung zu jeder Zeit in Kraft gesetzt werden kann, aus welchem Grunde die Festsetzung des Zeitpunktes der Inkraftsetzung derselben der Reichsregierung überlassen wird. Die königlich ungarische Gesandtschaft bittet jedoch diesen Tag zu bestimmen, dass ihre Regierung in die Lage versetzt werde, die nötigen Verordnungen rechtzeitig zu erlassen.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1931.

¹ Came into force December 1st, 1931.

VEREINBARUNG

ÜBER DEN DEUTSCH-UNGARISCHEN ÜBERNAHMEVERKEHR.

1. Die Übernahme abzuschiebender Personen erfolgt auf Grund eines vorherigen Schriftwechsels zwischen den zuständigen inneren Behörden des abschiebenden (abschaffenden) und den Vertretungsbehörden des übernehmenden Teiles. Diese treten wegen der erforderlichen Feststellungen und wegen der Herbeiführung einer Übernahmeerklärung mit den inneren Behörden ihres Landes in Verbindung. In Fällen, in denen sich bei diesem Schriftwechsel besondere Schwierigkeiten oder grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben, werden diplomatische Verhandlungen herbeigeführt.
2. Eines vorherigen Schriftwechsels bedarf es nicht, wenn die abzuschiebende Person mit einem der unter 3. angeführten Ausweispapiere versehen ist. Alsdann soll sie ohne weitere Förmlichkeit an einem der unter 5. benannten Grenzorte übernommen werden.
3. Die formlose Übernahme erfolgt auf Grund eines der nachstehend bezeichneten Papiere :
 - Deutscherseits :
 - a) Ein gültiger Heimatschein,
 - b) Ein gültiger Reisepass ;
 - Ungarischerseits :
 - a) Ein vom Königlich Ungarischen Ministerium des Innern nach dem 26. Juli 1922 ausgestelltes *Staatsangehörigkeitszeugnis*,
 - b) Ein *Gemeindezuständigkeitszeugnis*, sofern es von einer zum derzeitigen ungarischen Staatsgebiet gehörigen Gemeinde entweder nach dem 1. Januar 1918 oder zwar vor diesem Zeitpunkt ausgestellt, jedoch nachträglich mit einer Klausel versehen ist, in der die zuständige Behörde bestätigt, dass die Gemeindezuständigkeit in einer zum derzeitigen ungarischen Staatsgebiete gehörigen Gemeinde am 26. Juli 1921 bestanden hat ;
 - c) Ein nach dem 26. Juli 1922 ausgestellter *Reisepass* (ein provisorischer Pass — *ideiglenes utlevél* — genügt nicht) ;
 - d) Eine vom Königlich Ungarischen Ministerium des Innern oder einer Königlich Ungarischen Vertretungsbehörde im Ausland ausgestellte Bestätigung einer *Optionserklärung* ;
 - e) Eine aus einem früheren Übernahmeverfahren stammende, nach dem 26. Juli 1922 ausgestellte *Übernahmeerklärung* in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, sofern die Erklärung nicht älter als 10 Jahre ist.
4. Wenn es sich um die Übernahme einer wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit hilflosen oder um die Übernahme alleinstehender Frauen mit Kindern handelt, soll in jedem Falle ein vorheriger Schriftwechsel (Ziffer 1) stattfinden.
5. Als Übernahmeorte kommen in Betracht :
 - Auf deutscher Seite :
 - An der bayerischen Grenze Laufen, Rosenheim und Passau,
 - An der sächsischen Grenze Bodenbach,
 - An der preussischen Grenze Ratibor ;
 - Auf ungarischer Seite :
 - Sopron, Hegyeshalom, Komárom und Szob.
6. Der Durchtransport im Schubwege von Angehörigen dritter Staaten kann nur beansprucht werden, wenn die Übernahmeerklärung des Zielstaates und das Einverständnis etwaiger

Zwischenländer sowie ausreichende Erklärungen der abschiebenden (abschaffenden) Behörde vorliegen, dass dem den Durchtransport gestattenden Staat daraus keinerlei Kosten entstehen.

BERLIN, den 20. Oktober 1931.

(Stempel : Magyar Királyi Követség Berlinben)
Légation Royale de Hongrie à Berlin.

An das Auswärtige Amt
des Deutschen Reiches,
Berlin.

Ich beglaubige hiermit, dass vorstehende
Abschrift mit dem Original übereinstimmt.

Berlin, den 22. August 1932.

Rödiger
Legationsrat.

II.

AUSWÄRTIGES AMT.

V 20 450.

VERBALNOTE.

Das Auswärtige Amt beehrt sich der Königlich Ungarischen Gesandtschaft auf die Verbalnote vom 20. Oktober — 11100/1931 — mitzuteilen, dass die Deutsche Regierung der nachstehenden Vereinbarung über den deutsch-ungarischen Übernahmeverkehr zustimmt und als Tag ihres Inkrafttretens den 1. Dezember 1931 festsetzt :

VEREINBARUNG

ÜBER DEN DEUTSCH-UNGARISCHEN ÜBERNAHMEVERKEHR.

1. Die Übernahme abzuschiebender Personen erfolgt auf Grund eines vorherigen Schriftwechsels zwischen den zuständigen inneren Behörden des abschiebenden (abschaffenden) und den Vertretungsbehörden des übernehmenden Teiles. Diese treten wegen der erforderlichen Feststellungen und wegen der Herbeiführung einer Übernahmeerklärung mit den inneren Behörden ihres Landes in Verbindung. In Fällen, in denen sich bei diesem Schriftwechsel besondere Schwierigkeiten oder grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten ergeben, werden diplomatische Verhandlungen herbeigeführt.

2. Eines vorherigen Schriftwechsels bedarf es nicht, wenn die abzuschiebende Person mit einem der unter 3. angeführten Ausweispapiere versehen ist. Alsdann soll sie ohne weitere Förmlichkeit an einem der unter 5. benannten Grenzzorte übernommen werden.

3. Die formlose Übernahme erfolgt auf Grund eines der nachstehend bezeichneten Papiere :

Deutscherseits :

- a) Ein gültiger Heimatschein,
- b) Ein gültiger Reisepass ;

Ungarischerseits :

a) Ein vom Königlich Ungarischen Ministerium des Innern nach dem 26. Juli 1922 ausgestelltes *Staatsangehörigkeitszeugnis* ;

b) Ein *Gemeindezuständigkeitszeugnis*, sofern es von einer zum derzeitigen ungarischen Staatsgebiet gehörigen Gemeinde entweder nach dem 1. Januar 1918 oder zwar vor diesem Zeitpunkt ausgestellt, jedoch nachträglich mit einer Klausel versehen ist, in der die zuständige Behörde bestätigt, dass die Gemeindezuständigkeit in einer zum derzeitigen ungarischen Staatsgebiete gehörigen Gemeinde am 26. Juli 1921 bestanden hat ;

c) Ein nach dem 26. Juli 1922 ausgestellter *Reisepass* (ein provisorischer Pass — ideiglenes utlevél — genügt nicht) ;

d) Eine vom Königlich Ungarischen Ministerium des Innern oder einer Königlich Ungarischen Vertretungsbehörde im Ausland ausgestellte Bestätigung einer *Optionserklärung* ;

e) Eine aus einem früheren Übernahmeverfahren stammende, nach dem 26. Juli 1922 ausgestellte *Übernahmeerklärung* in Urschrift oder beglaubigter Abschrift, sofern die Erklärung nicht älter als 10 Jahre ist.

4. Wenn es sich um die Übernahme einer wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit hilflosen Person oder um die Übernahme alleinstehender Frauen mit Kindern handelt, soll in jedem Falle ein vorheriger Schriftwechsel (Ziffer 1) stattfinden.

5. Als Übernahmeorte kommen in Betracht :

Auf deutscher Seite :

An der bayerischen Grenze Laufen, Rosenheim und Passau,

An der sächsischen Grenze Bodenbach,

An der preussischen Grenze Ratibor ;

Auf ungarischer Seite :

Sopron, Hegyeshalom, Komárom und Szob.

6. Der Durchtransport im Schubwege von Angehörigen dritter Staaten kann nur beansprucht werden, wenn die Übernahmeerklärung des Zielstaates und das Einverständnis etwaiger Zwischenländer sowie ausreichende Erklärungen der abschiebenden (abschaffenden) Behörde vorliegen, dass dem den Durchtransport gestattenden Staat daraus keinerlei Kosten entstehen.

BERLIN, den 26. Oktober 1931.

An die Königlich Ungarische Gesandtschaft.

Ich beglaubige hiermit, dass vorstehende Abschrift mit dem Original übereinstimmt.

Berlin, den 10. August 1932.

Rödiger

Legationsrat.

¹ TRADUCTION.

N^o 3074. — ÉCHANGE DE NOTES ENTRE LES GOUVERNEMENTS ALLEMAND ET HONGROIS COMPORTANT UNE CONVENTION CONCERNANT LE RAPATRIEMENT. BERLIN, LES 20 ET 26 OCTOBRE 1931.

I.

LÉGATION ROYALE DE HONGRIE
BERLIN.
11100/1931.

NOTE VERBALE

Se référant à la note verbale N^o V.16.199, du 31 janvier dernier, la Légation royale de Hongrie, conformément aux instructions reçues, a l'honneur de faire connaître que son gouvernement a donné son assentiment à la convention relative au rapatriement qui était jointe à ladite note verbale.

La Légation royale de Hongrie prie donc le Ministère des Affaires étrangères de bien vouloir obtenir l'assentiment du Gouvernement du Reich à la convention dont le texte figure ci-après et donner à la Légation réponse à ce sujet, afin que la convention puisse entrer en vigueur le plus tôt possible.

La Légation royale de Hongrie, conformément aux instructions qu'elle a reçues, a l'honneur de faire observer également que le Gouvernement royal hongrois peut mettre la convention en vigueur à tout moment et laisse en conséquence au Gouvernement du Reich le soin de fixer la date d'entrée en vigueur de ladite convention. La Légation royale de Hongrie demande toutefois de bien vouloir déterminer cette date afin que son gouvernement puisse prendre en temps utile les arrêtés nécessaires.

¹ TRANSLATION.

No. 3074. — EXCHANGE OF NOTES BETWEEN THE GERMAN AND HUNGARIAN GOVERNMENTS CONSTITUTING A CONVENTION REGARDING REPATRIATION. BERLIN, OCTOBER 20 AND 26, 1931.

I.

ROYAL HUNGARIAN LEGATION
BERLIN.
11100/1931.

VERBAL NOTE.

With reference to Verbal Note No. V.16.199 of January 31st, last, the Royal Hungarian Legation has the honour, in accordance with instructions received, to communicate the Royal Hungarian Government's acceptance of the Repatriation Convention thereto annexed.

The Royal Hungarian Legation accordingly requests the German Foreign Office to take steps to obtain the agreement of the German Government to the Convention, the text of which is appended, and to notify the Legation accordingly, in order that the Convention may come into force at the earliest possible moment.

The Royal Hungarian Legation has the honour at the same time to point out, in accordance with instructions received, that the Royal Hungarian Government is in a position to bring the Convention into force at any moment; for which reason it is left to the German Government to fix the date of its coming into force, but the Royal Hungarian Legation would be glad to receive information as to the date fixed, to enable the Royal Hungarian Government to issue the requisite regulations in good time.

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, for informations.

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

CONVENTION

ENTRE L'ALLEMAGNE ET LA HONGRIE CONCERNANT LE RAPATRIEMENT DE LEURS NATIONAUX RESPECTIFS.

1. Les personnes qui doivent être renvoyées dans leur patrie seront reprises par leur pays d'origine à la suite d'un échange de correspondance entre les autorités intérieures compétentes de la partie qui procède au renvoi et les représentants diplomatiques ou consulaires de la partie qui recueille les rapatriés. Lesdits représentants se mettront en rapport avec les autorités intérieures de leur pays pour qu'il soit procédé aux constatations nécessaires et que soit établie une déclaration d'admission. Si cet échange de correspondance soulève des difficultés particulières ou des divergences d'opinion fondamentales, des négociations diplomatiques seront engagées.

2. Aucun échange de correspondance préalable ne sera nécessaire si la personne à rapatrier est munie d'une des pièces d'identité indiquées au paragraphe 3. Cette personne sera alors rapatriée, sans autre formalité, par l'une des localités-frontière mentionnées au paragraphe 5.

3. Les rapatriés seront admis sans formalité s'ils sont en mesure de produire l'une des pièces spécifiées ci-dessous :

Pour l'Allemagne :

- a) Un *certificat d'indigénat (Heimatschein)* valide ;
- b) Un *passport* valide ;

Pour la Hongrie :

- a) Un *certificat de nationalité* délivré par le Ministère de l'Intérieur du Royaume de Hongrie après le 26 juillet 1922 ;
- b) Un *certificat d'indigénat* délivré par une commune faisant alors partie du territoire de l'Etat hongrois, soit après le 1^{er} janvier 1918, soit avant cette date pourvu, dans ce dernier cas, que ce certificat ait été muni ultérieurement d'une mention par laquelle l'autorité compétente confirme que l'intéressé possédait, à la date du 26 juillet 1921, l'indigénat dans une commune qui faisait alors partie du territoire de l'Etat hongrois ;

CONVENTION

BETWEEN GERMANY AND HUNGARY REGARDING THE REPATRIATION OF THEIR RESPECTIVE NATIONALS.

1. The repatriation of deported persons shall be the subject of a prior exchange of correspondence between the competent local authorities of the deporting or repatriating Party and the diplomatic or consular representatives of the receiving Party. The latter shall take steps with the local authorities of their own country with a view to the necessary investigations and the issue of a declaration of willingness to receive the repatriated persons. Should this exchange of correspondence bring special difficulties or fundamental differences of opinion to light, recourse shall be had to diplomatic negotiations.

2. No previous correspondence shall be required in cases where the person to be deported is the holder of one of the identification papers to which paragraph 3 relates. Such persons shall be received without further formality at any one of the frontier points specified in paragraph 5.

3. Repatriated persons shall be received without further formality, if they are holders of any one of the following documents :

In the case of Germans :

- (a) A valid *certificate of origin (Heimatschein)*,
- (b) A valid *passport* ;

In the case of Hungarians :

- (a) A *certificate of nationality* issued by the Royal Hungarian Ministry of the Interior subsequent to July 26, 1922 ;
- (b) A *certificate of origin* of a commune, previously forming part of Hungary, issued either after January 1st, 1918, or before that date, provided, in the latter case, that the certificate contains a subsequent endorsement by the competent authority to the effect that on July 26, 1921, the person in question was a native of a commune previously forming part of Hungary ;

c) Un *passport* délivré après le 26 juillet 1922 (un *passport* provisoire — *ideiglenes utlevél* — est insuffisant) ;

d) Un *certificat de déclaration d'option* délivré par le Ministère de l'Intérieur du Royaume de Hongrie ou par un représentant diplomatique ou consulaire du Royaume de Hongrie à l'étranger ;

e) L'original ou la copie certifiée d'une *déclaration d'admission* antérieure, délivrée après le 26 juillet 1922, à condition que cette déclaration ne remonte pas à plus de dix ans.

4. Lorsqu'il s'agira du rapatriement d'une personne ayant besoin d'assistance en raison de son jeune âge, d'une infirmité ou d'une maladie, ou de femmes sans soutien accompagnées d'enfants, un échange de correspondance préalable (paragraphe 1) devra toujours avoir lieu.

5. Le rapatriement pourra s'effectuer par les localités suivantes :

Pour l'Allemagne :

A la frontière bavaroise : Laufen, Rosenheim et Passau ;

A la frontière saxonne : Bodenbach ;

A la frontière prussienne : Ratibor ;

Pour la Hongrie :

Sopron, Hegyeshalom, Komárom et Szob.

6. Le transport en transit de ressortissants d'Etats tiers, rapatriés par groupes et sous la surveillance de la police, ne pourra être demandé que si l'Etat de destination s'est déclaré disposé à les recevoir, si les pays intermédiaires éventuels ont donné leur consentement au transport en transit et si les autorités du pays qui procède au renvoi ont dûment certifié qu'aucune dépense n'en résulterait pour l'Etat qui autorise le transport en transit.

BERLIN, LE 20 octobre 1931.

Sceau : Légation Royale de Hongrie à Berlin.

Au Ministère des
Affaires étrangères du Reich allemand,
Berlin.

(c) A *passport* issued subsequent to July 26, 1922, for which purpose a temporary passport (*ideiglenes utlevél*) shall not be sufficient ;

(d) A certificate of declaration of *option* issued by the Royal Hungarian Ministry of the Interior or by a Hungarian diplomatic or consular representative abroad ;

(e) An original or certified copy of a previous *declaration of willingness to receive the repatriated person*, issued subsequent to July 26, 1922, provided such declaration does not date more than ten years back.

4. The repatriation of persons in need of assistance by reason of youth, infirmity or sickness, or of unsupported women with children, shall in all cases be the subject of a prior exchange of correspondence as provided in paragraph 1.

5. The points at which the reception of repatriated persons shall take place shall be :

In Germany :

On the Bavarian frontier : Laufen, Rosenheim and Passau ;

On the Saxon frontier : Bodenbach ;

On the Prussian frontier : Ratibor ;

In Hungary :

Sopron, Hegyeshalom, Komárom and Szob.

6. Through-transport under police supervision of nationals of third countries may not be claimed, unless the country of destination has signified its willingness to receive them, and all countries through which they are to pass have agreed to their transit, and the deporting or repatriating authority has given adequate assurance that the States permitting their transit will not thereby be involved in any expenditure.

BERLIN, October 20, 1931.

Seal : Royal Hungarian Legation at Berlin.

To the Ministry of Foreign Affairs
of the German Reich,
Berlin.

II.

MINISTÈRE DES
AFFAIRES ÉTRANGÈRES.

V. 20. 450.

NOTE VERBALE

Le Ministère des Affaires étrangères, en réponse à la note verbale N° 11100/1931, a l'honneur de faire connaître à la Légation royale de Hongrie que le Gouvernement allemand donne son assentiment à la convention ci-dessous relative au rapatriement des nationaux allemands et hongrois respectivement, et fixe au 1^{er} décembre 1931 la date de son entrée en vigueur :

(Voir traduction française de la Convention, Note N° 1, pages 375 et 376 de ce volume.)

BERLIN, *le 26 octobre 1931.*

A la Légation royale de Hongrie.

II.

MINISTRY
FOR FOREIGN AFFAIRS.

V. 20. 450.

VERBAL NOTE.

In reply to Verbal Note No. 11100/1931, the Foreign Office has the honour to inform the Royal Hungarian Legation that the German Government agrees to the attached Repatriation Convention, and fixes December 1st, 1931, as the date of its coming into force.

(See English translation of Convention, Note No. 1, pages 375 and 376 of this Volume.)

BERLIN, *October 26, 1931.*

To the Royal Hungarian Legation.